

KÖLNER FORUM
FÜR
INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN
UND
SICHERHEITSPOLITIK



ESSAY

Religion – Politik – Medien:

Gujarat, ein innenpolitisches Spannungsfeld

Von Anna I. Zwenger

zwengeranna@yahoo.de

Ausgabe

2/06

* * *

Einleitung

Am 28. Februar 2002 begannen im indischen Bundesstaat Gujarat die fast zwei Monate andauernden grausamen Ausschreitungen gegen die dortige muslimische Bevölkerung. Die indische Zeitung *Hindustan Times* sprach von der „schlimmsten organisierten Gewalt gegen eine religiöse Minderheit in der Geschichte Indiens“. Vorausgegangen war dem ein Brandanschlag von Muslimen am 27. Februar auf einen Zug in Godhra, im Norden von Gujarat, der voll besetzt war mit *kar sevaks*, den Kämpfern für die Hindutva, der Ideologie der Hinduisierung Indiens. 59 Menschen verbrannten im Zug. Die genauen Umstände des Brandes konnten allerdings bis heute nicht endgültig geklärt werden. Der Brand war der Auslöser für eine Folge von Morden, Brandanschlägen und Massenvergewaltigungen, größtenteils gedeckt von Polizei und Behörden in Gujarat. Krankenwagen und Feuerwehr wurden behindert und Hospitäler verweigerten Muslimen die Aufnahme. Das Neuartige an den Übergriffen war nicht so sehr die Grausamkeit, als vielmehr das Ausmaß der Deckung und Unterstützung durch die staatlichen Institutionen. Die Polizei blieb weit gehend tatenlos, und der damalige Ministerpräsident Atal Behari Vajpayee schwieg lange zu dem Gewaltausbruch, bis er sich schließlich zu einer Verurteilung durchringen konnte. Im Folgenden werden die politischen Hintergründe und Folgen der Ereignisse um Gujarat diskutiert.

Politische und ideologische Hintergründe

Die Vorgänge in Gujarat oblagen dem Verantwortungsbereich von Chefminister Narendra Modi, der genau wie der damalige Ministerpräsident der Zentralregierung in Neu-Delhi, Atal Behari Vajpayee, der *Bharatiya Janata Party* (BJP) angehört. Die BJP ist die rechtskonservative, hindunationalistische Partei Indiens. Sie wird ideologisch einem Zusammenschluss von hindunationalistischen Organisationen zugerechnet. Diesem Verbund, dem *Sangh Parivar*, gehören die Nationale Freiwilligen Vereinigung, die *Rashtriya Swayamsevak Sangh* (RSS), und der selbst ernannte Weltrat der Hindus, der *Vishwa Hindu Parshad* (VHP), an. Die ideologischen Wurzeln dieses Verbundes liegen in der

neohinduistischen Bewegung des indischen Unabhängigkeitskampfes. Ihr Ziel ist die Vorantreibung einer Politik der Hinduisierung des indischen Subkontinents, die so genannte *Hindutva*. *Hindutva*, auch politisierter Hinduismus oder Hindunationalismus genannt, strebt nach der Ausrichtung des indischen Staates nach hinduistischen Regeln für die Einheit der Hindus. Anhänger der *Hindutva* sind zum größten Teil sehr radikal in der Interpretation dieses Ziels; für sie haben keine anderen religiösen Minderheiten einen legitimen Platz in Indien.

Legitimierung durch den Staat

Der Zug mit freiwilligen radikalen *Hindutva*-Kämpfern, der im Februar 2002 in Flammen aufging, kam aus Ayodhya. In dieser Stadt soll, wenn es nach dem Willen des VHP, also des erwähnten Hindurats ginge, ein Tempel für Gott *Ram* gebaut werden. Am 6. Dezember 1992 hatten 300 000 *Hindutva*-Kämpfer die *Babri*-Moschee zerstört, an deren Stelle der Tempel errichtet werden soll. 1992 war es darauf zu den bis dahin schwersten kommunalen Ausschreitungen in Indien seit der Unabhängigkeit von 1947 gekommen. Der Konflikt zwischen Hindus und Muslimen schwelt demnach bereits seit Jahrzehnten. Der Streit um Ayodhya, mit dem geplanten Bau des *Ram*-Tempels und der Zerstörung der *Babri*-Moschee, ist mehr als ein religiös motivierter Konflikt um religiöse Symbole: Tempel und Moschee sind zentrale Symbole für Einheit und Ausgrenzung. Sie definieren nach den Vorstellungen des Hindunationalismus das legitime indische Gemeinwesen und das abzulehnende Fremde. Die Moschee steht bzw. stand für die Eroberung Indiens durch den muslimischen Mogul *Babur*. Sie symbolisiert oder symbolisierte somit scheinbar Fremdheit und Aggression der Muslime gegen den Hinduismus. Im Gegenzug repräsentiert der geplante *Ram*-Tempel die Einheit aller Hindus. Der Gott *Ram* ist die hinduistische Gottheit, die geeint über Kastengrenzen hinweg den gemeinsamen Kampf gegen eine Bedrohung von außen symbolisiert; er steht für ein geeintes Hindutum. Wichtig ist in diesem Zusammenhang zu erwähnen, dass das Bauprojekt des Tempels kein Projekt der Hindus ist. Es ist ein Projekt der *Sangh Parivar*, der erwähnten Vereinigung von hindunationalistischen Organisationen, es ist ein radikales Projekt zu radikaler Durchsetzung der *Hindutva*.

In diesem Kontext wird klar, dass die Ausschreitungen von Gujarat eine unmittelbare Reaktion auf den Brandanschlag auf die *kar sevkas* waren. Allerdings handelte es sich nicht um unkontrollierte und unvorbereitete Eskalationen, sondern um ein systematisches Vorgehen. Die Übergriffe und Ausschreitungen, die bereits am 28. Februar 2002, also unmittelbar einen Tag nach dem Brandanschlag ausbrachen, bedurften entsprechender Vorbereitung und Planung. Viele Gruppen waren mit Gaszylindern, Benzinbomben und Mobiltelefonen ausgestattet und waren im Besitz von Wahl- und Steuerlisten, welche die Identifizierung von muslimischen Häusern und Geschäften ermöglichten. Es kann also festgehalten werden, dass der Brandanschlag auf den Zug in Godhra der Auslöser und Anlass für die Ausschreitungen, nicht aber, wie vom VHP, dem Welthindurat, behauptet, die eigentliche Ursache war.

Das Ganze war eine erstaunliche Mischung aus Spontaneität und Vorbereitung. Zusätzlich zeigte sich die Einstellung der regierenden BJP deutlich. Der Chefminister von Gujarat Narendra Modi wies die Polizei an, vorerst Ruhe zu bewahren. Polizisten, die sich trotz dieser Anweisung dem Mob entgensetzten, wurden möglichst schnell in andere Regionen des Landes versetzt. Diese Haltung der Landesregierung wurde indirekt durch die Passivität der Zentralregierung in Neu-Delhi unterstützt. Diese hielt es nicht für nötig, konsequent in den Konflikt einzugreifen. Mit anderen Worten: Die staatlichen Instanzen legitimierten den Konflikt. Die regierende Partei vertrat ihre hindunationalistische Ideologie tatkräftig und verlieh somit dem religiös motivierten Problem zwischen Hindus und Muslimen einen innenpolitisch gerechtfertigten Boden.

In der Provinz Gujarat ist bei den letzten Wahlen im Jahr 2003 die hindunationalistische BJP wieder gewählt worden. Diese Wahlen galten als wegweisend für die gesamte Politik des Landes. Die Parlamentswahlen vom Frühjahr 2004 standen unmittelbar bevor, und es wurde ein ähnliches Ergebnis wie in Gujarat erwartet. Nicht nur die politische und wirtschaftliche Zukunft Gujarats stand im Zentrum zahlreicher Medienberichte, sondern besonders die politische Bedeutung des Hindunationalismus und der Einfluss der *Hindutva*. Durch das Wahlergebnis bekam der Hindunationalismus in Gujarat deutlichen Aufwind. Allerdings zeigt die folgende Niederlage der BJP im Jahr 2004, dass die Gesamtheit der Hindus nicht hinter den Zielen der *Hindutva* steht.

Innenpolitische Unlösbarkeit?

Ende Januar 2003 wurde die BJP durch ihren klaren Wahlsieg in Gujarat demnach in ihrer politischen Linie unterstützt und bestätigt. Ministerpräsident Vajpayee nahm diesen Sieg seiner Partei zum Anlass, sich wieder stärker als Anhänger der *Hindutva* zu präsentieren. Er sah mit Blick auf die anstehenden allgemeinen Wahlen im Jahr 2004 nun die Diskussion um Hindunationalismus und *Hindutva* stark in den Mittelpunkt des allgemeinen Interesses gerückt. Vajpayee zögerte nicht, die radikale Bewegung zur Errichtung des Hindutempels in Ayodhya als „Ausdruck nationaler Gefühle“ zu bezeichnen. Trotz der entsetzlichen Ereignisse der vergangenen Jahre wurde die religiöse Spannung weiterhin als politisches Wahlkampfthema missbraucht. Die Brisanz dieser Spannung hat somit auf politischer Ebene große Bedeutung und ist immer wieder neu angeheizt worden. Niemand schien zum Einlenken und zu Kompromissen bereit zu sein. Diese Dynamik macht eine Lösung scheinbar unmöglich. In den meisten Regionalkonflikten Indiens, wie auch an anderen Orten, ist nicht die Unmöglichkeit, Lösungen zu finden, die Ursache der andauernden Spannung, sondern der Konflikt selbst. Welche Interessen ihm auch immer zu Grunde liegen mögen, erzeugt letztlich die scheinbare Unlösbarkeit des Konflikts.

Die verschiedenen politischen Interessen, die verschiedenen religiösen Motive, die wirtschaftlichen Aspekte, alles erzeugt eine scheinbare Unlösbarkeit. Zusätzlich erhalten die einzelnen Konfliktparteien durch die Kontinuität der Auseinandersetzungen immer wieder einen Identifikationsrahmen, eine Gruppenzugehörigkeit, die durch den Ausbruch von Gewalt noch grausam bestätigt wird. Die Konfliktparteien verhalten sich also nicht lösungsorientiert, sondern sie brauchen den Konflikt und die durch ihn freigesetzte und mobilisierte soziale Dynamik. Damit zeigt sich in Gujarat die eigentliche Motivation hinter dem Konflikt und seiner Unlösbarkeit: Der Konflikt beschwört Emotionen um Ehre und Macht, Identität und Zugehörigkeit. Das heißt also, dass durch das Konstituieren eines Gegners, in diesem Fall die Gemeinschaft der Muslime, eine Abgrenzung möglich wird, die wiederum die Gemeinschaft der Hindus und die Einheit Indiens bestätigt. Somit dient die Gewalt als eine Art Ritus zum Erhalt und zur

Bestätigung der Gemeinschaften in Abgrenzung zueinander, was durch die Politik der BJP noch verstärkt und verschärft wurde.

Die Medien und Gujarat

Die Medien spielten im Zusammenhang mit den Ereignissen in Gujarat eine enorm wichtige Rolle: Sie klärten auf und ermöglichten die Realisation von unverschleierte Tatsachen. Allen voran ermöglichte der Fernsehjournalismus eine hautnahe Konfrontation einer breiten Öffentlichkeit mit den grausamen Ausschreitungen. Somit wurde zu einer Auseinandersetzung mit und Positionierung gegenüber den Ereignissen gezwungen. Es war das erste Mal, dass das Fernsehen eine derart heftige religiöse Auseinandersetzung so ausführlich zeigen konnte. Fast alle Kommentatoren und Journalisten bezeichneten die Ereignisse in Gujarat als „Pogrom“ und „Genozid“. Viele Medien waren sich einig, dass dies einer der tiefsten Einschnitte in der indischen Innenpolitik darstellte. Betrachtet man in diesem Kontext den Ausgang der angesprochenen Parlamentswahlen von 2004 und den überraschenden Wahlsieg der Kongress-Partei, so bewahrheitet sich diese These. Der Wahlsieg der Kongress-Partei ist als Resultat der Medienarbeit zu werten, die nicht müde wurde, über Hintergründe und politische Versäumnisse aufzuklären. Die hindunationalistische Partei wurde für die Exzesse in Gujarat mitverantwortlich gemacht, und das ist sicherlich einer der wichtigen Faktoren für das Votum der Wähler.

Viele indische Intellektuelle diskutierten in den Medien die Gefahr der Tendenz zur radikalen Hinduisierung der indischen Öffentlichkeit, falls die BJP einen Wahlsieg erringen sollte. Man befürchtete Siegesfeiern, die Ausschreitungen gegen Muslime und auch Christen sowie andere Minderheiten nach sich ziehen würden. Allerdings kam es allen Prognosen und Statistiken zum Trotz ganz anders: Die Popularität der hindunationalistischen Partei war durch ihren Wahlsieg in Gujarat im Dezember 2002 noch einmal scheinbar bestätigt worden. Die BJP bekam umso unerwarteter 2004 einen Dämpfer durch die indische Wählerschaft; sie wurde abgewählt und damit gedemütigt. Das Ergebnis ist als eine Absage an den Hindunationalismus und die *Hindutva* zu werten. Bis zu den nächsten Parlamentswahlen im Frühjahr 2009 wird sich die BJP selbst

„überdacht“ haben – im Moment befindet sie sich offiziell in einer Phase der Neuorientierung. Der VHP hat sich mittlerweile von der BJP abgewandt, da die Partei dessen Wünsche und Forderungen nicht erfüllt hat. Für 2006 hoffen die Vertreter des Welthindurats, mit dem Bau des *Ram*-Tempels beginnen zu können. Dies steht allerdings bei Weitem nicht fest – das Gebiet ist im Moment Sperrzone für beide Religionen.

Guter Wille allein genügt nicht

Der heutige Ministerpräsident Manmohan Singh ist der erste Ministerpräsident Indiens, der der Religionsgemeinschaft der Sikhs angehört. Er verfolgt eine klare Entspannungspolitik gegenüber Pakistan und hat den politischen Dialog bisher erfolgreich gefördert. Auch gegenüber den USA betreibt Singh eine Annäherungspolitik, um dadurch die internationale Stellung Indiens zu stärken. Dem Problem „Gujarat“ hat er gleich zu Anfang seiner Amtszeit Priorität eingeräumt. Singh strebt nach einer vernünftigen Lösung in Sachen Ayodhya und Tempelbau. Wie diese allerdings aussehen soll, bleibt weiterhin offen.

Der Konflikt zwischen Hindus und Muslimen ist nicht auf Gujarat begrenzt. Erst kürzlich (13.4.2006) kam es zu einem bislang ungeklärten Bombenanschlag auf die *Jama-Masjid*-Moschee in Neu-Delhi. Neun Menschen sind dabei verletzt worden. Die Moschee befindet sich in der Altstadt von Neu-Delhi, einem Stadtteil, der hauptsächlich von Muslimen bewohnt wird. Der Konflikt zwischen den Religionen ist hier nichts Neues. Eines wird somit deutlich: Der Konflikt braucht eine baldige und konsequente politische Lösung.